

14

neos

AB

PGI-548917-2020-KNE/GAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat

des Gemeinderates Markus Ornig und weiterer Gemeinderatsabgeordneter

betreffend Auflösung der Rücklagen der Wirtschaftskammer Wien zur Unterstützung von KMUs und EPUs

eingebracht im Zuge der Debatte über Post 1 (Rechnungsabschluss 2019, Spezialdebatte Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales) in der 71. Sitzung des Wiener Gemeinderats am 29. und 30.6.2020

Die Stadt Wien hat angesichts der aktuellen Coronaviruskrise erste Maßnahmen gesetzt, um Wiener Ein-Personen-Unternehmen (EPUs) Klein- und Mittelbetriebe (KMUs) zu unterstützen. Dies ist auch dringend notwendig, da 99,6 Prozent der Unternehmen in Österreichs KMUs sind und diese das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden. Obwohl das volle Ausmaß der Krise aus heutiger Sicht noch nicht abschätzbar ist, können wir davon ausgehen, dass noch weitere Hilfspakete notwendig sein werden, um die Wiener Wirtschaft zu unterstützen.

Wir werden nicht nur massive Einbrüche in den Umsätzen der KMUs sehen, auch die Produktivität wird darunter leiden. Denn das Produktivitätswachstum ist mitunter auf die Investitionen der Unternehmen zurückzuführen. Investitionsentscheidungen hängen wiederum von der Gesamtnachfrage ab. Diese ist in den vergangenen Monaten bereits stark zurückgegangen, die weitere Entwicklung ist nur schwer vorherzusagen.

Wir haben es also mit dem Problem zu tun, dass die wegbrechende Nachfrage auch das Angebot zerstört. Insbesondere dann, wenn zahlreiche KMUs durch Liquiditätsprobleme nicht überleben. Auch die freigesetzten Arbeitnehmer_innen beziehen kein Einkommen mehr und beeinflussen damit die mittelfristige Gesamtnachfrage negativ. Dieser Effekt hat also auch Implikationen auf die nächsten Wochen und Monate.

Wir brauchen daher ganz gezielte und treffsichere Maßnahmen. Diese müssen dazu führen, dass KMUs, als Rückgrat der Wirtschaft, die Möglichkeit haben, die Krise so durchzutauchen, dass es nicht zu einer Abwärtsspirale kommt. Es sollen weniger Arbeitnehmer_innen freigesetzt werden und es sollen jene KMUs im Markt bleiben, die mittelfristig überlebensfähig sind, wenn sie nur die Kostenstruktur strecken können. Die Klein- und Mittelbetriebe brauchen keine Geschenke, sondern Zeit zum Atmen, damit sie wieder an Stärke gewinnen können.

In dieser außergewöhnlichen Zeit müssen alle zusammenhelpen, um diese Krise zu meistern. Neben der Stadt Wien ist auch die Wiener Wirtschaftskammer im besonderen Maße gefordert zur Rettung der hiesigen KMUs und EPUs beizutragen und sollte daher notwendige Garantien aus ihren millionenschweren Rücklagen zur Verfügung stellen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSS-(RESOLUTIONS-)ANTRAG

Der Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien spricht sich angesichts der Coronaviruskrise für umfangreiche wirtschaftspolitische Unterstützungsmaßnahmen von EPUs sowie KMUs aus. Neben den bereits gesetzten Maßnahmen der Stadt Wien sollen auch die umfangreichen Rücklagen der Wirtschaftskammer Wien für Haftungsübernahmen bei bestehenden Krediten bzw. Bankenforderungen für KMUs und EPUs herangezogen werden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt

Wien, 29.06.2020